



Aktionsbündnis „atomwaffenfrei.jetzt“
c/o Netzwerk Friedenskooperative
Mackestr. 30
53119 Bonn

Herrn
Staatsminister Armin Schuster
Sächsisches Staatsministerium des Innern

01095 Dresden

Bonn, 25.9.2024

Betr.: Ausweisungsverfügung gegen Herrn Dennis DuVall

Sehr geehrter Herr Staatsminister Schuster,

wir wenden uns im Namen des Aktionsbündnisses „atomwaffenfrei.jetzt“ mit der dringlichen Bitte an Sie, die Ausweisungsverfügung gegen den US-Bürger Dennis DuVall, die vom Landratsamt Bautzen erlassen wurde, zurückzunehmen. Unser Aktionsbündnis ist die Nachfolgeorganisation des Trägerkreises „Atomwaffen abschaffen“ mit etwa 70 Mitgliedsorganisationen aus der Friedensbewegung (atomwaffenfrei.de).

Dennis DuVall ist wegen gewaltfreier Aktionen Zivilen Ungehorsams gegen die in Büchel gelagerten US-Atombomben strafrechtlich verurteilt worden. Er hat die Strafen vollständig verbüßt. Der 82-jährige Friedensaktivist ist Mitglied bei der US-amerikanischen Organisation „Veterans for Peace“.

Wir halten die Ausweisungsverfügung für unverhältnismäßig, da sie eine aus Gewissensgründen vollzogene Tat Zivilen Ungehorsams mit anderen Straftaten auf eine Stufe stellt, ohne die Besonderheit dieses Einzelfalles zu würdigen.

Die nukleare Teilhabe, die den Einsatz von Atomwaffen durch die Bundeswehr im Ernstfall einschließt, wird von vielen Wissenschaftler*innen und Jurist*innen (z.B. IALANA) als mit dem humanitären Völkerrecht unvereinbar kritisiert (Atomwaffensperrvertrag; IGH-Urteil zu

Atomwaffen von 1996). Aktionen Zivilen Ungehorsams gegen solche höchst umstrittenen Massenvernichtungswaffen werden schon seit der Raketenstationierung in den 1980er Jahren auch als rechtlich rechtfertigbar diskutiert (vgl. Peter Glotz, Hg., Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat, Frankfurt/M. 1983).

Wir bitten Sie deshalb eindringlich, von Ihrem weiten Ermessensspielraum Gebrauch zu machen und die Ausweisungsverfügung gegen Dennis DuVall zurückzuziehen. Seine Ausweisung wäre für das Rechtsverständnis vieler Bürger*innen in keiner Weise nachvollziehbar und würde dem Rechtsstaat und seiner Anerkennung eher zum Schaden gereichen. Wir bitten um Ihr Verständnis und sehen Ihrer Antwort hoffnungsvoll entgegen.

Mit freundlichen Grüßen für das Aktionsbündnis „atomwaffenfrei.jetzt“

gez. Marion Küpker und Martin Singe (Sprecher*innenteam des Aktionsbündnisses)